

Bürgermeister der Stadt Pößneck

Herrn Michael Modde

Am Markt 1

07381 Pößneck

Pößneck, den 08.04.18

Betrifft: 11. Antrag zur nächsten Stadtratssitzung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion der BIRSO stellt für die nächste Stadtratssitzung folgenden Antrag:

„Der Stadtrat beschließt:

- 1. Der Stadtrat befürwortet die als Anlage beigefügte Resolution an die Landesregierung und Landtagsabgeordnete des Freistaates Thüringen. Hierin wird der Freistaat Thüringen aufgefordert, mittels Gesetzgebungsverfahren dem Bayrischen Modell zu folgen, wonach die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Anstelle der zu zahlenden Straßenausbaubeiträge durch Grundstückseigentümer erhalten die Gemeinden einen finanziellen Ausgleich vom Freistaat Thüringen.**
- 2. Der Bürgermeister wird beauftragt die Resolution an die Thüringer Landesregierung und an alle Landtagsabgeordneten Thüringens zu versenden.“**

Begründung:

Am 17.01.2018, neun Monate vor der Landtagswahl in Bayern, hat die CSU-Fraktion beschlossen, die ungerechten Straßenausbaubeiträge per Gesetz abzuschaffen.

Die Bayrischen Abgeordneten fordern gleichzeitig ein neues Finanzierungsmodell bei der Verteilung der Straßenausbaukosten.

Der Bayrische Innenminister Hermann hat zwischenzeitlich ein Moratorium verkündet.

Demnach sind die Kommunen in Bayern aufgefordert, bis zur gesetzlichen Neuregelung keine Straßenausbaubeitrags-Bescheide mehr zu versenden und zu vollziehen. Dies unterstreicht die Ernsthaftigkeit der gesetzlichen Umsetzung der Ankündigung.

Bei geplanten Ausgaben von 10.700 Millionen Euro im Landeshaushalt Thüringen für 2018, das ist eine Steigerung um ca. 500 Millionen Euro, muss es, wie auch in Bayern angekündigt, möglich werden, die Kosten für den Straßenausbau und deren Nebeneinrichtungen nicht länger auf seine Bürger abzuwälzen. Derzeit nehmen alle Gemeinden Thüringens ca. 15 Millionen Euro jährlich durch Straßenausbaubeiträge ein. Bei geplanten Ausgaben von 173 Millionen Euro für den Straßenbau in 2018 muss eine Refinanzierung wegfallender Einnahmen durch Straßenausbaubeiträge durch das Land möglich sein.

„ Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. ”

BIRSO- Fraktion des Stadtrates Pößneck

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223;

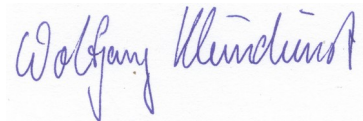
Mobil 0160 96461516; E-Mail: kleindienst@birso.de; Internet: www.birso.de

Das bayerische Signal zur Beseitigung von Unrecht sollte nun auch alle Thüringer Landtagsabgeordnete und die Landesregierung aktivieren, um Gleiches zu tun. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sind ungerecht, unzeitgemäß und schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Der Verwaltungsaufwand zur Erhebung und Bearbeitung der Beiträge und deren Widersprüche ist oftmals höher als die Einnahmen! Verfassungsrechtlich ist die Erhebung von Sonderbeiträgen nur statthaft, wenn dem Beitragspflichtigen daraus ein konkreter wirtschaftlicher Vorteil erwachsen würde. Dies ist aber nicht der Fall!

Berlin, Baden-Württemberg und Hamburg erheben keine Straßenausbaubeiträge!
Auch Hessen und Schleswig-Holstein sind gegenwärtig an dem Thema dran.

Das derzeitige Thüringer Kommunalabgabengesetz ist keine Lösung für die Probleme für die betroffenen Bürger und Gemeinden. Die mögliche Herabsetzung der Anteile der Grundstückseigentümer und der mögliche Verzicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für neue Baumaßnahmen ab 2019 steht im Ermessen der Gemeinden und ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Gemeinde. Diese Regelung führt zu erneuten Debatten von Ungerechtigkeiten.



Wolfgang Kleindienst
Fraktionsvorsitzender BIRSO

Anlage:

Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge